

2/2003

Hochschulpolitik mit der GEW

**Studium,  
Lehre und  
Forschung:**

**Jetzt  
geht's  
ans  
Eingemachte!**

- Für einen Tarifvertrag Wissenschaft!
- Das Dienst- und Tarifrecht ist nicht wissenschaftsgerecht
- Plädoyer für mehr Steuergerechtigkeit
- Arbeitsverhältnisse der studischen Beschäftigten endlich auf solide Basis stellen!
- Die Finanzierung der Studentenwerke wird eingeschränkt
- Das Land NRW und seine „innovativen“ Studiengebühren
- „Bologna-Prozess“ – Fluch, Segen oder Rhetorik?
- Hochschulkonzept NRW 2010
- GEW-Hochschulkonferenz am 28./29. November 2003 in Oer-Erkenschwick



Wie attraktiv ist der Arbeitsplatz Hochschule?

## Für einen Tarifvertrag Wissenschaft!

Fotos (5): Manfred Vollmer



In der deutschen Wissenschaftslandschaft rumort es heftig und alle Welt stimmt ein in den Chor der Ökonomiegläubigen: Die Hochschulen müssten sich im globalen Wettbewerb behaupten und deshalb konkurrenzfähig werden bzw. bleiben. Ein dafür besonders zentrales Thema ist die Stärkung humaner Ressourcen und die Schaffung von (Arbeits-)Verhältnissen, die dieses gewährleisten. Daher wird in letzter Zeit (wieder) verstärkt nach einem Tarifvertrag Wissenschaft (TV-Wiss) gerufen.

Ein erster Anlauf für einen TV-Wiss war vor mehr als zwei Jahren gescheitert, weil die Tarifgemeinschaft deutscher Länder einen Fehlstart verursachte.

Inzwischen hat die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung Anstrengungen angekündigt, der Wissenschaftsrat hat im Juni eine Anhörung mit den Tarifparteien und anderen Experten durchgeführt, deren Ergebnisse bis Januar 2004 zu Empfehlungen weiter entwickelt werden sollen (vgl. Beitrag von I. Lotz-Ahrens). Die jüngste Äußerung von Arbeitgeberseite dazu ist die sog. „Chemnitzer Erklärung“, die auf der 46. Jahrestagung der Universitätskanzler Ende September verabschiedet wurde (siehe Kasten www-tipps).

### Wissenschaftsadäquate Lösungen finden, die den Beschäftigten gerecht werden

Selbstverständlich haben sich auch ver.di und die GEW mit dem Thema auseinander gesetzt. So hat der GEW-Vorstandsbereich Hochschule und Forschung (HuF) im letzten Jahr eine Projektgruppe von sachverständigen Kolleginnen und Kollegen eingesetzt, die inzwischen personengruppenspezifische Problemaufrisse und Forderungen für TV-Wiss-Regelungen erarbeitet hat. Ein Zwischenergebnis dieser Arbeit hat die Fachgruppe HuF der GEW-NRW im Rahmen eines Hochschultages in der „Woche der Bildung“ am 26.06.2003 gemeinsam mit der Ruhr-Universität Bochum präsentiert. Der Hochschultag lief unter dem Thema „Personalentwicklung – auch für das wissenschaftliche Personal“ und stellte nach einem Grundsatzreferat Thesen für die Gruppen der DoktorandInnen, der JuniorprofessorInnen und der Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen zur Diskussion.

In einen größeren und publikumswirksameren Zusammenhang wurde das Thema in der Sommerschule der GEW im August 2003 gestellt. Unter dem Motto „Flexibilisierung und Wettbewerb – Über die Attraktivität der Arbeitsbedingungen in Hochschule und Forschung“ wurden Grundsatzreferate zur Tarif- und Bildungspolitik gehalten, Podiumsdiskussionen mit PolitikerInnen und HochschulpraktikerInnen geführt und Diskussionsforen zur Situation spezieller Personengruppen angeboten – mit jeweils bemerkenswerter, auch internationaler Beteiligung und Resonanz.

Die GEW sieht die Notwendigkeit – innerhalb des bestehenden Mantels des BAT – wissenschafts-

adäquate Lösungen zu finden, die auch den Interessen der Beschäftigten gerecht werden. Dabei werden die Punkte nicht ausgespart bleiben können, bei denen sich die Arbeitgeber bisher verweigert haben (z.B. kein Ausschluss von Beschäftigtengruppen), oder Regelungen, die bisher im Verordnungswege einseitig gelöst wurden (z.B. Höhe der Lehrverpflichtung).

### GEW-Forderungen für einen TV-Wiss (u.a.)

- ◆ Möglichst alle Dienst- und Arbeitsverhältnisse im HuF-Bereich sollten im Rahmen einer Dienstrechtsreform vereinheitlicht und in Tarifverträgen geregelt werden.
- ◆ Dabei ist prinzipiell darauf zu achten, dass Diskriminierungen wegen des Geschlechts oder der (sozialen oder nationalen) Herkunft ausgeschlossen werden.
- ◆ Wissenschaftliche Tätigkeit muss durchgängig Perspektiven zur längerfristigen professionellen Entwicklung eröffnen; Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen für das wissenschaftliche Personal darf sich nicht in der Verwaltung von Fristverträgen erschöpfen; Leitungspositionen nicht allein an eine Professur knüpfen, Programme zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses müssen deutlich erweitert und den Hochschulen zur Pflicht gemacht werden.
- ◆ Die Unterscheidung von Grundvergütung und Zulagensystemen findet die Unterstützung der GEW; es kommt aber darauf an, transparente Strukturen und Anreizsysteme zu schaffen, um allen die Chance eines gleichberechtigten Zugangs zu bieten.

In Kürze werden in der Reihe der „GEW-Argumente“ die Positionen der GEW zur Verbesserung der Verhältnisse am Arbeitsplatz Hochschule veröffentlicht und auch als Flugblätter verteilt werden.

*Dr. Diethard Kuhne, HPR  
Wissenschaftlich Beschäftigte*

## www-tipps

### GEW-Sommerschule 2003:

Zusammenfassungen der Einzelbeiträge und Diskussionsergebnisse unter:  
<http://gew.de/sommerschule>

### Chemnitzer Erklärung

Vergleiche hierzu:  
<http://www.tu-chemnitz.de/tu/presse/2003/09.26-13.38>

## Dienst- und Tarifrecht nicht wissenschaftsgerecht

Nachdem die Diskussion um die Notwendigkeit eines Tarifvertrages Wissenschaft in den letzten zwei Jahren wieder verstärkt geführt wird, hat sich auch der Wissenschaftsrat (WR) zu Wort gemeldet.

Wie auch früher schon, hat er „das geltende Dienst- und Tarifrecht als nicht wissenschaftsgerecht bezeichnet. Es behindert eine wissenschaftsadäquate und flexible Personalentwicklung an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen und verringert in wachsendem Maße die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität einer Beschäftigung in der Wissenschaft. Neue Herausforderungen für die Personalstruktur der Hochschulen ergeben sich auch aus der angestrebten Begrenzung der Qualifizierungszeiten des wissenschaftlichen Nach-

wuchses und den langfristig sinkenden Absolventenzahlen.“

Um Empfehlungen zur zukünftigen Beschäftigung wissenschaftlicher Mitarbeiter/innen zu geben und „Leitlinien für einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag“ aufzustellen, wurde im Frühjahr 2003 eine Expertenanhörung durchgeführt.

Derzeit gibt es wohl niemanden mehr, der die bestehenden Regelungen für ausreichend hält. Nachdem die rot-grüne Regierung nach der Wiederwahl einen Wissenschaftstarifvertrag in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen

hat, hat sich die Debatte weiter entwickelt. Waren es bisher vor allem die Gewerkschaften, die für geänderte tarifliche Regelungen plädierten, so greifen nun auch die Arbeitgeber, die großen Wissenschaftsorganisationen und Wissenschaftsverwaltung den Gedanken auf. Aber so einmütig sich die Forderungen bei flüchtiger Betrachtung anhören, in der Sache treten doch recht schnell die unterschiedlichen Interessenlagen zutage. So geht es den Arbeitgebern vor allem um eine Ausdifferenzierung der Vergütungsstruktur mit dem Schlagwort „leistungsgerechte Entlohnung“. Angesichts notorisch leerer Staatskassen heißt dies wohl: Was bei den einen als Zulage zu-

gelegt wird, senkt die Vergütung der anderen unter das heutige Niveau! Und ein rational nachvollziehbares Konzept zur Prämienvergabe ist nicht erkennbar.

*Dr. Ingrid Lotz-Ahrens  
Universität Duisburg-  
Essen Standort Duisburg*

**www-tipp**

Die Stellungnahme des Wissenschaftsrates ist nachzulesen unter:

[www.wissenschaftsrat.de/  
Arbeitsprogramm/  
Arbeitsprogramm.html](http://www.wissenschaftsrat.de/Arbeitsprogramm/Arbeitsprogramm.html)

Eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik macht Leistungskürzungen überflüssig

## Plädoyer für mehr Steuergerechtigkeit

Wieder einmal führt die desolate Wirtschaftspolitik von Bundes- und Landesregierungen zu Leistungseinschränkungen bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Im Sommer 2003 hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder die Tarifverträge über das Weihnachts- und Urlaubsgeld für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gekündigt (zu den Folgen vgl. Infothek nds 11/03, S. 30-31). Die hausgemachten Ursachen der haushaltspolitischen Schiefelage werden verschleiert. In der Argumentation von Bundes- und Landesregierung werden seit Jahr und Tag so genannte „Ausgabenprobleme“ als Grund für die notwendigen Einsparungen genannt. Ähnlich wie

bei Privathaushalten – so die Argumentation – müsse halt gespart werden, wenn die Ausgaben über den Einnahmen liegen. Anders als bei Privathaushalten kann der Staat (die öffentlichen Haushalte) jedoch auch die eigenen Einnahmen gestalten.

Die Höhe der Einnahmen hängt im Wesentlichen von der zugrunde liegenden Finanz- und Steuerpolitik ab. Durch eine falsche Steuerpolitik beschneidet der Staat seine Einnahmen: Kürzung der Einkommensteuer für die Bezieher/innen oberer Einkommen (Senkung des Höchststeuersatzes), Verzicht auf die Vermögensteuer, Kürzung der Körperschaftsteuer usw.. Die Steuergeschenke müssen dann im Rahmen der sog. „Konsolidierungspolitik“ wieder ein-

gespart werden. Geradezu sträflich vernachlässigen unsere Politiker auch die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge einer solchen Politik. Kürzungen führen dazu, dass die Bezieher/innen niedriger Einkommen weniger konsumieren. Die fehlende Nachfrage führt zu Absatzeinbußen, Abbau der Beschäftigten, steigender Arbeitslosigkeit, steigenden Ansprüchen an den Sozialhaushalt – der dann wieder gekürzt wird. Darauf reagieren wiederum die Beschäftigten mit Unsicherheit: jetzt das Weihnachtsgeld – und was dann? Folge: (Angst-)Sparen.

Die Gleichsetzung von öffentlichen Haushalten mit den privaten Haushalten führt also zu einer völlig falschen Wirtschaftspolitik. Notwendig wäre das Gegenteil:

die Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftsteuer für die wirklich Reichen, sinnvolle Steuersätze im Unternehmenssektor und die auch aus finanzmarktpolitischen Gründen gebotene Einführung der (Tobin-)Steuer auf Kapitalmarktgeschäfte. Mit einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik sind Kürzungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld schlichtweg überflüssig...

*Gunter Quaißer, Uni Siegen*

**www-tipp**

Gute Informationen hierzu bietet z.B. die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:  
[www.memo.uni-bremen.de](http://www.memo.uni-bremen.de)



## Studentische Beschäftigte

# Arbeitsverhältnisse endlich auf solide Basis stellen!

Mehr als 100.000 Studierende arbeiten als sogenannte „studentische Hilfskräfte“ an den bundesdeutschen Hochschulen, sie sind meistens die unverzichtbare Stütze für das Funktionieren von Lehre und Forschung. Doch ist die Arbeitssituation der sog. „Hiwis“ mehr als prekär – nur in Berlin gibt es aufgrund historischer Entwicklungen einen bis heute gültigen Tarifvertrag.

Alle anderen studentischen Hilfskräfte in den 15 übrigen Bundesländern müssen sich bislang mit Verwaltungsvorschriften der einzelnen Wissenschaftsministerien sowie der zentralen „Richtlinie zur Beschäftigung von studentischen Hilfskräften“ der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) abfinden.

### Hungerlohn

Diese Richtlinie ist kein Tarifvertrag, sie ist von Arbeitgeberseite erlassen worden und regelt lediglich maximale Grenzen für die Beschäftigung, so z.B. die Vergütungshöchstgrenze von 8,02 EUR/Stunde für studentische Hilfskräfte an Universitäten. Mehr dürfen die

Hochschulen ihren Studis also nicht zahlen, nach unten gibt es keine Grenzen: An der FH Weihenstephan in Bayern erhalten einige Hilfskräfte lediglich 3,07 EUR/Stunde (nach Landtag Bayern).

### Kurzzeit-Verträge

Ein weiterer zentraler Missstand ist die Befristung der Verträge: Die meisten Verträge werden für drei Monate abgeschlossen und dann gegebenenfalls verlängert. Von Planungssicherheit kann hier keine Rede sein.

### Keine ausreichende Interessenvertretung

Als katastrophal ist auch die Interessenvertretung der studentischen Beschäftigten einzuschätzen: In Berlin verfügen sie über einen eigenen Personalrat, in allen anderen Bundesländern werden ihre Interessen noch nicht einmal durch den regulären Personalrat der Hochschule vertreten: Studentische Hilfskräfte sind in den meisten Personalvertretungsgesetzen einfach aus der Vertretungsvollmacht ausgeschlossen!

Seit Anfang 2002 sind durch eine Änderung des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT) nun die studentischen Hilfskräfte, die Verwaltungstätigkeiten ausüben, also z.B. in Bibliotheken, Rechenzentren

oder der Hochschulverwaltung, aber auch in den Klinikbereichen arbeiten, nicht mehr aus dem BAT ausgenommen. Diese Beschäftigungsverhältnisse fallen seither nicht mehr unter die TdL-Richtlinie, sondern unter den BAT.

Dies teilt nun die Beschäftigten in zwei Klassen, solche *mit BAT-Verträgen* und solche *mit Verträgen nach der TdL-Richtlinie*. Bei den Studierenden ist das auch schon angekommen; die ersten Beschäftigten klagen sich auf BAT-Arbeitsstellen ein, auch bereits in NRW mit Unterstützung der GEW.

Allerdings ist eine Spaltung der studentischen Beschäftigten in unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse nicht im Sinne der GEW, dies kann auch nicht die Politik der Arbeitgeber sein. Nicht zuletzt diese Trennung muss zu einer einheitlichen, tarifvertraglichen Absicherung der studentischen Beschäftigten an den Hochschulen führen.

Um diese Missstände anzugehen und den studentischen Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen, hat sich eine studentische Initiative mit maßgeblicher Unterstützung der GEW gegründet. Die ‚Tarifini‘ wird von ver.di und GEW unterstützt und fordert eine tarifliche Absicherung der Hilfskräfte: Geregelt werden müssen der Lohn, die Arbeitszeit, Befristungen, Urlaub, Weihnachtsgeld etc..

*Daniel Taprogge  
Sprecher des Bundesausschusses  
Studentinnen und Studenten in  
der GEW; aktiv in der  
Tarifinitiative*



## tarifini gegründet

Um den studentischen Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, hat sich eine studentische Initiative mit maßgeblicher Unterstützung der GEW gegründet. Die „Tarifini“ wird von ver.di und GEW unterstützt und fordert eine tarifliche Absicherung der Hilfskräfte: Geregelt werden müssen Entgelt, Arbeitszeit, Befristungen, Urlaub, Weihnachtsgeld etc.

Infos unter: [www.tarifini.de](http://www.tarifini.de)